



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Mehr Wirtschaft wagen!

Mehr Freiheit leben!

Erwartungen der hessischen Wirtschaft
zur Bundestagswahl 2017

**- Bereich
Wirtschaft -**

Frankfurt am Main
Stand: 5. Juli 2017

Mehr Wirtschaft wagen

Freiheitliche und marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung

Die Bundespolitik sollte eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung verwirklichen. Sie sollte auf die Eigenverantwortung des Einzelnen vertrauen – innerhalb eines staatlich gesetzten, z.B. sozialen und ökologischen Rahmens. So ist die Balance zwischen freier unternehmerischer Entfaltung und gesellschaftlicher Verantwortung zu wahren. Die Politik sollte ihre Entscheidungen an der ordoliberalen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ausrichten. Dazu gehört: mehr Wirtschaft wagen!

Staat muss Regelsetzer und Schiedsrichter sein, nicht Mitspieler

In der Wirtschaftspolitik ist der Schutz der Ordnung des Wettbewerbs oberste Aufgabe des Staates. Wo immer möglich sollte Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zugelassen und geschützt werden. Dies gilt gleichermaßen für die Seiten der Anbieter und Nachfrager von Waren und Dienstleistungen. Hingegen sind eine steuernde Wirtschaftspolitik und dauerhafte Marktinterventionen abzulehnen, weil sie Wissen über zukünftige Bedarfe, Techniken und Märkte erfordern, das niemand haben kann.

Vorrang Privat vor Staat beachten

Die Bundespolitik muss mehr Raum für unternehmerisches Engagement schaffen und dafür sorgen, dass sich öffentliche Unternehmen – sei es des Bundes, der Länder oder der Kommunen – von wettbewerblichen Märkten fernhalten. Der Staat sollte grundsätzlich auf unternehmerische Tätigkeiten verzichten, da diese von privaten Unternehmern besser und im Ergebnis kostengünstiger durchgeführt werden können. Der Unternehmer haftet persönlich für die finanziellen, rechtlichen und sozialen Folgen seiner Entscheidungen. Das ist der wesentliche Grund, warum Entscheidungen mit persönlicher Haftung tendenziell sorgfältiger getroffen werden als ohne Haftung. Allerdings muss der Staat auch dafür sorgen, dass effektive und vollständige Haftungsregeln bestehen und durchgesetzt werden, um Fehlentwicklungen wie solche, die zur Finanzkrise 2008 geführt haben, vermieden werden.

Effektive Regulierung gewährleisten

Wenn ein fundamentales Markt- oder Wettbewerbsversagen vorliegt, kann es erforderlich sein, dass der Staat in geeigneter Weise regulierend eingreifen muss, um den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung zu verhindern und um die gesamtwirtschaftliche Effizienz zu erhöhen – etwa in natürlichen Monopolen wie Stromnetzen, Gasleitungen oder Schieneninfrastruktur. Diese Regulierung muss kosteneffizient und innovationsfördernd sein. Regelmäßig ist zu prüfen, ob sie wegen Substitutionskonkurrenz obsolet wird, z.B. Mobilfunk versus Festnetztelefonie. Auch in regulierungsbedürftigen Märkten ist zu prüfen, ob Unternehmen in privatem Eigentum zum Zuge kommen können, etwa in Form von Ausschreibungen zeitlich befristeter Konzessionen.

Bürokratieabbau als Daueraufgabe

Bürokratie trifft alle Betriebe, besonders den Mittelstand. Der Bund muss wirksamere Bürokratieabbaumechanismen institutionalisieren und den Normenkontrollrat stärken. Ehrgeizige Bürokratieabbauziele, wie das Bündeln von Genehmigungen durch Key-Accounter für Unternehmer, sind entschlossen umzusetzen. E-Government muss ohne Medienbrüche forciert werden.